

Bezugspreis:

Für den Monat November 600.— M., voraus schließl. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 500.— M., für den übrigen Ausland 400.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Irland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 23. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr.
Volkschekkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktando-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareille, 10 Zeilen 120.— M., 20 Zeilen 200.— M., 30 Zeilen 280.— M., 40 Zeilen 360.— M., 50 Zeilen 440.— M., 60 Zeilen 520.— M., 70 Zeilen 600.— M., 80 Zeilen 680.— M., 90 Zeilen 760.— M., 100 Zeilen 840.— M., 110 Zeilen 920.— M., 120 Zeilen 1000.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags in hundertfacher Anzahl bei uns abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

v. Rosenberg Reichsaußenminister.

Die offizielle Erneuerungsliste ist jetzt veröffentlicht worden. Sie bringt die Bestätigung der Nachricht, daß der bisherige deutsche Gesandte in Kopenhagen, v. Rosenberg, das ihm angebotene Amt angenommen hat und zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt worden ist.

Der neue Reichsaußenminister entstammt der alten Schule der Diplomatie und war schon in kaiserlicher Zeit im diplomatischen Dienst tätig. Er gehört aber zu den Diplomaten alten Stils, die den Erfordernissen der neuen Zeit Rechnung getragen haben.

In allen Besprechungen über die umzubildende Regierung ist die Notwendigkeit anerkannt worden, ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen dem Außenministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Finanzministerium zu erzielen. Ein solches Zusammenarbeiten bestand bis in die letzte Zeit hinein zwischen den beiden letztgenannten Ministern, wurde zu Schmidt und Hermes der richtige dritte Mann gefunden, so war das Ziel erreicht.

Nun stellt sich das Dreimännerkollegium, das dazu berufen ist, das Reparationsproblem und die mit ihm zusammenhängenden Wirtschaftsfragen einheitlich zu behandeln, infolge der Regierungskrise ganz anders dar. Es heißt jetzt v. Rosenberg, Becker-Hessen, Hermes. Ob Herr Hermes in diesem Kollegium die Führung behalten wird, muß bei der ausgeprägten Eigenart des Herrn Becker-Hessen als zweifelhaft erscheinen, ebenso auch, ob Herr v. Rosenberg stark genug sein wird, Herrn Becker ein Gegengewicht zu bieten.

Die Verabschiedung des Staatssekretärs Dr. Hirsch ist weiter nichts als eine natürliche Konsequenz der neuen Entwicklung. Hirsch war neben Schmidt der von der Rechten am meisten gehasste Mann. Als es noch so schien, als ob die Möglichkeit, Robert Schmidt von seinem Posten zu entfernen, nicht

bestünde, konzentrierten sich alle Angriffe von rechts auf Hirsch. Nun können die Schwerindustriellen und die Agrarier den doppelten Erfolg buchen, beide Männer zur Strecke gebracht zu haben. Sie aber sind es, die den Inhalt der deutschen Note vom 13. November an die Reparationskommission am stärksten beeinflussten, jene Note, die bekanntlich auch das Reparationsprogramm der neuen Regierung darstellen soll.

Der neue Mann an der Spitze des Auswärtigen Amtes weiß aus Erfahrung, was dem Deutschen Reich jener Zug von Unklarheit und Zwitterhaftigkeit, der seiner Außenpolitik so oft anhaftete, geschadet hat. Hier ist die Klippe, an der er scheitern kann, es fragt sich, ob er die Kraft haben wird, sie zu umsteuern.

Nachdem nunmehr auch die Ernennung des Außenministers erfolgt ist, wird das Kabinett Cuno heute nachmittags seine erste Sitzung abhalten. Morgen vormittag wird der Reichskanzler die Parteiführer empfangen, um ihnen Kenntnis zu geben von dem Regierungsprogramm. Die Erklärung der Regierung im Reichstage wird, wie bereits angekündigt worden, nachmittags 2 Uhr erfolgen.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß tritt am Freitagvormittag zur Beratung der politischen Lage zusammen.

Der neue Reichsminister des Innern, Dr. Dezer, der bisher Landeshauptmann der Provinz Sachsen war, ist, wie die PPR erfahren, von der preussischen Regierung auf 4 Monate beurlaubt worden, um die Leitung des Reichsministeriums des Innern übernehmen zu können. Dezer hat also Gelegenheit, während der kommenden 4 Monate immer wieder sein bisheriges Amt zu übernehmen.

Der gesetzliche Achtstundentag

Zu seinem Geburtstag am 23. November.

Am 23. November 1918 wurde der Achtstundentag in Deutschland gesetzlich als Normalarbeitszeit eingeführt. Deutschland ging mit dieser revolutionären Verordnung bahnbrechend vor. Nach einer Erhebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes unter den ihm angeschlossenen Berufsorganisationen und den internationalen Berufssekretariaten folgten in dieser Beziehung nach Deutschland Deutschösterreich und die Tschechoslowakei am 19. Dezember 1918, Frankreich am 23. April 1919, Schweiz am 27. Juni, Jugoslawien am 12. Dezember, Schweden am 17. Oktober, Holland am 1. November und Polen am 18. Dezember 1919, Spanien am 15. Januar 1920, Luxemburg am 14. Dezember 1920 und Belgien am 14. Juni 1921. In Dänemark, Großbritannien, Italien, Canada und Ungarn war der Achtstundentag noch nicht gesetzlich eingeführt.

Für den Stand der Dinge ist die gesetzliche Einführung insofern nicht ausschlaggebend, als sie verschiedentlich so unvollkommen ist, daß sie hinter der nichtgesetzlichen Regelung in anderen Ländern zurückbleibt. So wurde in Bulgarien der Achtstundentag zwar durch gesetzliches Dekret festgelegt, infolge des Widerstandes der Unternehmer aber nicht durchgeführt. Die Arbeitszeit ist jetzt noch länger als acht Stunden, in der Textilindustrie beträgt sie 10 Stunden. In Dänemark wurde am 17. Mai 1919 zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften ein Abkommen getroffen, wonach die normale Arbeitszeit bis spätestens 1. Januar 1920 auf acht Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich verringert werden sollte. Seeleute, Landarbeiter und damit verwandte Berufsgruppen wurden ausgenommen, ebenso Kutsher, Heizer und andere.

Die Unternehmer in den verschiedensten Ländern, wo die Arbeitnehmer sich auf den Achtstundentag in Deutschland berufen, gaben an, daß bei uns der Achtstundentag stark überschritten werde, in Wirklichkeit also nicht durchgeführt sei. Durch drei Berichte wurden diese Ausreden zurückgewiesen. Und zwar erstens durch den Bericht des ADGB, zweitens den Bericht einer holländischen Regierungskommission und drittens den Bericht einer Delegation des belgischen Metallarbeiterverbandes. Leider muß gesagt werden, daß die Erhebungen im Frühjahr dieses Jahres in Deutschland noch ein günstigeres Bild boten, als wir es heute vor uns haben. Konnten die holländische Regierungskommission und die belgische Delegation feststellen, daß in der Metallindustrie in Berlin die wöchentliche Arbeitszeit 46 1/2 Stunden betrage, so ist es damit zunächst vorbei.

In Holland ist die 45stündige wöchentliche Arbeitszeit eingeführt. Dort war für die Metall- und die Textilindustrie bis Oktober 1922 eine Uebergangsperiode von der 48-Stunden-Woche zur 45-Stunden-Woche festgesetzt, doch sind auch hier außer den landwirtschaftlichen Arbeitern die Handels- und Bureauangestellten, das Ladenpersonal, Hotel- und Kaffeehausangestellte, Verpflegungsanstalten und ein Teil des Transportgewerbes ausgenommen. In Italien war der Achtstundentag im Jahre 1919 auf gewerkschaftlichem Wege für fast alle industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitergruppen, sowie die Arbeiter der öffentlichen Dienstzweige eingeführt worden. Mussolini hat den Wünschen der italienischen Stimme folgend damit ausgeräumt, nachdem die Arbeiterschaft genügend zerpfältert war. In Canada ist der Achtstundentag für den Bergwerksbetrieb durch Gesetz der Provinzbehörden eingeführt, außerdem im Baugewerbe an allen größeren Plätzen allgemein infolge Vereinbarungen, ebenso für die Druckereien. Ungefähr 70 Proz. der industriellen Arbeiter haben den Achtstundentag auch ohne Gesetz. Die Verordnung für Lemberg beschränkt sich auf die Arbeiter in und um Bergwerken, in Schächten, Gruben und auf Bergplätzen, in Schmelzwerten und Gießereien, sowie in Anlagen gefährlicher, ungesunder oder schädlicher Industrien, wie auch in Unternehmungen, wo Dampfkraft oder elektrische Kraft verwendet wird, mit Ausnahme der Eisenbahnen. In Polen darf nach dem Gesetz Sonnabends nur 6 Stunden gearbeitet werden. In Schweden besteht die Achtstundenschicht für sieben Tage mit 56 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit für gewisse Unternehmungen mit durchlaufendem Tag- und Nachtbetrieb, z. B. in Eisenhütten. In der Schweiz sind außer den Handelsbetrieben und Gastwirtschaften dem Fabrikgesetz die Gewerbebetriebe mit weniger als sechs Arbeitern nicht unterstellt, sowie die Gewerbebetriebe ohne Maschinen und jugendliche Arbeiter. Auch in Spanien läßt das Gesetz eine große Anzahl Ausnahmestimmungen zu. In der Tschechoslowakei sind Ausnahmen insofern möglich, als für eine Reihe von Gruppen an Stelle des Achtstundentages die 19stündige Arbeitszeit innerhalb vier Wochen treten kann. Im Bedienungsgewerbe (Kassierer, Kellner und Dienstbotenpersonal) besteht meist 10stündige Arbeitszeit. Aus Ungarn wird berichtet, daß in den meisten Industrien die 48-Stunden-Woche besteht.

Die Erhebungen, denen sechs Fragen zugrunde lagen, erstreckten sich auch auf die Fragen, ob Regierung oder Parlamente die Arbeitszeit im allgemeinen zu ver-

Sorderungen der Labour Party.

London, 23. November. (WIB.) „Times“ meldet, die Arbeiterpartei habe beschlossen, zu verlangen, daß sie als die belächelte stärkste Oppositionspartei im Unterhause als offizielle Opposition mit allen Rechten und Vorrechten, die damit verbunden sind, anerkannt werden soll.

London, 23. November. (WIB.) Den Blättern zufolge ist eine eigenartige politische Streitfrage zwischen der Arbeiterpartei und den Asquith-Liberalen entstanden. Die Arbeiterpartei verlange für sich das ausschließliche Recht, die unterste Oppositionskant im Unterhause zu bezeichnen. Wenn sie diesen Anspruch durchsetze, würden die unabhängigen Liberalen in Zukunft nicht mehr einen Teil der Opposition ausmachen, sondern eine isolierte Gruppe werden. Zwischen beiden Parteien hat ein Gedankenaustausch stattgefunden, ein Vergleich ist aber noch nicht erreicht worden.

Nach den Wahlen von 1918 hatte die Arbeiterpartei, obwohl die stärkere der zwei Oppositionsgruppen, den Asquith-Liberalen das Vorrecht der Opposition freiwillig eingeräumt. Die Entwicklung des gegenwärtigen Konflikts wird insofern von Interesse sein, als er vielleicht damit enden wird, daß mit dem total veralteten Brauch ausgeräumt werde, wonach es nur eine vollständige Oppositionspartei geben darf. Es wird in der Tat allmählich an der Zeit, daß die gänzlich förmliche Geschäftsordnung des englischen Unterhauses den neuen Parteiverhältnissen angepaßt wird.

Die Lausanner Konferenz.

Englisch-französische Verständigung.

London, 23. November. (WIB.) Einer Blättermeldung aus Kairo zufolge wird dort offiziös mitgeteilt, daß Frankreich beschlossen habe, Kardarien zu behalten und es den Kemalisten nicht abzutreten. Aus Aleppo werde die Errichtung von Verteidigungsanlagen gemeldet. Der Verkauf Frankreichs ist, wie verlautet, ein Ergebnis der letzten Unterredungen zwischen Poincaré und Lord Curzon.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ auf der Lausanner Konferenz schreibt, das in letzter Stunde, anscheinend durch eine übermenschliche Anstrengung Lord Curzons, gegen den hartnäckigsten Widerstand Poincarés, erzielte englisch-französische Uebereinkommen werde wohl allmählich im Laufe der Konferenz und auch wahrscheinlich auf der bevorstehenden Brüsseler Reparationskonferenz zutage treten.

Paris, 23. November. (WIB.) Poincaré erhaltete gestern dem Ministerrat über die Unterredung, die er in Lausanne mit Mussolini und Lord Curzon sowie mit den Vertretern Rumäniens, Jugoslawiens und mit Samet Pascha geführt hat, Bericht. Nach den

hier eintreffenden Meldungen aus Lausanne glaubt man an eine allgemeine Entspannung in den Verhandlungen mit der Türkei, und man erblickt ein besonderes Symptom dafür in der vorläufigen Aussprache, die Samet Pascha im Laufe des vorgestrigen und gestrigen Tages mit Lord Curzon und Mussolini gehabt hat.

Lausanne, 23. November. (Eca.) Die hier weilenden Amerikaner haben mit Vertretern der Angora-Regierung über den Bau und die Konzession von Eisenbahnen in Anatolien verhandelt. Schon kürzlich waren aus Konstantinopel Nachrichten eingetroffen, nach denen Herr Chester, der Vertreter der amerikanischen Finanzgruppe in Angora, dem Kommissariat für Wirtschaft und öffentliche Arbeiten einen Plan für die Reorganisation Anatoliens vorgelegt hat. Ein Teil dieser Pläne steht im Osten und Norden Anatoliens den Bau von Eisenbahnen und die Ausbeutung der Grubenreichtümer in einem Umkreis von 20 Kilometern beiderseits dieser Eisenbahnen sowie die Ausnutzung der dort gelegenen Petroleumvorkommen vor. Der gleiche amerikanische Unterhändler soll gleichfalls einen großen Rekonstruktionsplan für die zerstörten Gebiete und über die Hebung des Ackerbaues durch Einfuhr einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen vorgelegt haben. Es dürfte sich bei den Lausanner Besprechungen wahrscheinlich um die gleichen Pläne handeln.

Lausanne, 23. November. (WIB.) Die Führer der Delegationen der vier Balkanstaaten Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland hielten heute abend unter dem Vorhild der jugoslawischen Ministerpräsidenten eine mehrstündige Konferenz ab, um die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens, vor allem in der irrazionalen Frage, zu prüfen. Der Versuch eines Zusammenschlusses der vier Balkanstaaten hat hier beträchtliches Aufsehen erregt.

Dollar 6200.

Die Börse weiß nicht, was wird.

Am Berliner Devisenmarkt war heute das Geschäft ziemlich gering, die Stimmung jedoch etwas fester als vorgestern. Alle beteiligten Kreise beobachten vorläufig eine gewisse Zurückhaltung. Es überwiegt jedoch die Auffassung, daß die jetzigen verhältnismäßig niedrigen Kurse sich nicht lange halten werden. Der Dollar wurde gegen Mittag mit 6200 gehandelt.

In den Effektenmärkten herrscht Wiederaufstimmung. Auf der ganzen Linie steigende Kurse unter dem Einfluß bedeutender in- und ausländischer Käufe. Bemerkenswert ist das rege Interesse, das die Spekulation in letzter Zeit den Aktien verschiedener Mälereibetriebe zuwendet. Es wird behauptet, daß diese Unternehmungen bei den jüngsten Preissteigerungen am Getreidemarkt kolossale Konjunkturgewinne erzielt hätten.



längern suchten, wie auch, ob die Unternehmer solche Versuche machten. Das Unternehmertum macht natürlich allenthalben den Versuch, die Arbeitszeit zu verlängern und sucht daher auch die Parlamente und Regierungen in seinem Sinne zu beeinflussen. Überall beruft es sich auf die Wirtschaftslage und sagt, daß es in seiner Konkurrenzfähigkeit auf dem nationalen und internationalen Markt durch den Achtstundentag beschränkt sei. In Schweden wurde das Achtstundentagsgesetz im Laufe des Jahres 1921 wesentlich verschlechtert. In Holland fordert das Unternehmertum den Zehnstundentag genau wie Stimmes in Deutschland. In Jugoslawien ist es verschiedentlich gelungen, die Arbeitszeit auf 10 Stunden zu verlängern, während in Canada nur die unorganisierten Arbeiter auf den Neun- bis Zehnstundentag zurückgedrängt werden konnten. In Luxemburg und wohl auch anderwärts wird durch Ueberfächten und Ueberstunden das Ziel zu erreichen versucht. In der Schweiz wurde in einer Reihe von Einzelfällen die 52stündige Arbeitszeit bewilligt und auch in Spanien gelang es in der Praxis, den gesetzlichen Achtstundentag zu überschreiten. Da die Unternehmer des einen Landes sich darauf berufen, daß in Nachbarländern längere Arbeitszeit bestehe, wurde auch die Frage gestellt, ob die Unternehmer dafür Beweise anführen. In Bulgarien z. B. sprechen sie nicht von den Nachbarländern, sondern berufen sich auf England, Frankreich und die Schweiz. In Dänemark erklärten die Unternehmer, daß in der ganzen Welt die Tendenz zur Beseitigung des Achtstundentages bestehe und in den Achtstundentagländern so viele Ausnahmen beständen, daß das Gesetz dadurch illusorisch gemacht sei. Man verwies auf Schweden, Deutschland, Schweiz und Finnland.

Das Unternehmertum fordert überall Hebung der Produktion und Verbilligung der Produktion durch längere Arbeitszeit. Würde dem Verlangen der Unternehmer überall stattgegeben, wäre die Arbeitnehmerschaft nicht stark genug organisiert, um die Absichten des Unternehmertums zu vereiteln, dann wäre die Folge davon, daß die Arbeiter in allen Ländern zwar länger arbeiten, die Konkurrenzverhältnisse in den einzelnen Ländern jedoch die gleichen würden wie zuvor, worauf wiederum unter Berufung darauf eine noch längere Arbeitszeit herauszuschlagen versucht würde. Die privatkapitalistische Wirtschaftsweise sucht durch ihre Vertreter allenthalben ihren Heißhunger nach Mehrwert zu stillen, der nie ganz zu stillen ist und dem deshalb die Schranke des Achtstundentags gezogen bleiben oder werden muß.

### Zentrum und Ehescheidung.

Die „Germania“, das offizielle Organ der Zentrumsparlei, hat eine furchtbare Entdeckung gemacht. In Oregon City sind in den letzten beiden Jahren 980 Ehescheidungen gegen 711 Heiraten registriert worden. Seit dem 1. Juni dieses Jahres stehen gar 200 Scheidungsanträge 150 Heiraten gegenüber. Zu diesen Zuständen wird man auch in Deutschland kommen, so ruft die „Germania“ händeringend aus, wenn es Sozialdemokraten und Demokraten gelingt, den Gesetzesentwurf zur Reform der Ehescheidung durchzusetzen. Ganz verzweifelt ist sie darüber, daß auch die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Deutschnationalen, in diesen umstürzlerischen Chorus mit einstimmt.

Man kann nicht gerade behaupten, daß die „Germania“ hoch von den Zentrumsanhängern denkt, wenn sie von einer Ehescheidungsreform eine Massenflucht aus der Ehe erwartet. Aber hören wir, was das Zentrumsorgan gegen die Reform sonst vorzubringen hat. Als Sachverständige auf diesem Gebiete führt sie den Vater Lehmküh und den Jesuiten Schmidt an, die den Nachweis führen, daß die Ehescheidung nach katholischem Dogma unmöglich ist. Sie bezieht sich weiter auf die Eingabe der katholischen Bischöfe Deutschlands vom 11. November, in der gegen die Reform Sturm gelaufen wird. Seltsam, daß das offizielle Organ des Zentrums, das selbe Organ, das seinerzeit von der Entkonfessionalisierung des Zentrums Kunde gab, in dieser

Frage einseitig die vermeintlichen Interessen der Katholiken vertritt. Nach dem katholischen Dogma darf es überhaupt keine gesetzliche Lösung der Ehe geben. Das Zentrum begehrt also Spiegelgebete, wenn es gegen den sozialdemokratischen Antrag ein katholisches Dogma ins Feld führt, das sich gegen das bereits bestehende Gesetz wendet. Für überzeugte Katholiken wird dieses Dogma auch nach der Reform Geltung behalten. Will das Zentrum für sich das Recht in Anspruch nehmen, das katholische Dogma auch Nichtkatholiken aufzuzwingen?

Ethische Bedenken gegen den Reformvorschlag kann die „Germania“ nicht anführen. Wenn es in dem Artikel heißt: „Das Wesen der Ehe liegt in dem festen Willen, die von der Natur vorgezeichnete Aufgabe des Ehebandes gemeinsam zu lösen“, oder „Ein Mann und eine Frau, die einem Kind das Leben geben, können nicht mehr frei über ihre persönlichen Bestrebungen bestimmen, weil sie eben schon eine Pflicht auf sich genommen haben“, so sind das Sätze, die auch wir unterschreiben können. Um all das handelt es sich bei der Reform aber gar nicht. Sie will lediglich einem Zustand ein Ende machen, der an sich unehrlich und unsittlich ist. „Leichtsinnige Antragsteller“ und „Richter mit lazen Auffassungen“ finden auch heute ihre Gründe zur Ehescheidung. Die Moral, auf die sich das Zentrum stützt, ist gerade in diesem Punkte eine Scheinmoral. Und der gilt der Kampf der Sozialdemokratie. Nur Mangel an Mut und Konsequenz kann das verteknen.

### Ein Geständnis.

Daß die Wirtschaftsmisere, in die wir durch den Marktsturz geraten sind, von den einflussreichsten Kreisen der Schwerindustrie für ihre Zwecke ausgenutzt, daß mit Absicht auf ihre weitere Ausdehnung hingearbeitet wird, ist bekannt. Die Abneigung bestimmter Kapitalistengruppen gegen Devisenverordnung, Marktstabilisierung ist durch rein materielle Interessen bedingt. Das Mäntelchen der Sachverständigkeit ändert an der Interessiertheit dieser Kreise nichts. Es ist nur selten, daß das offen zugegeben wird. Um so wertvoller ist die folgende Äußerung der „Neuen Leipziger Zeitung“:

„Seien wir doch ehrlich, das offen auszusprechen, was die Entente ohnehin weiß, und deswegen sie uns auch der Unehrlichkeit zeigt: Nämlich, daß die steuerlichen Sonderbestimmungen über die Rückstellungen zum Zwecke notwendiger Erneuerungen, über das werbende Kapital usw., von weiten Kreisen dazu benutzt werden kann, um das eigentliche persönliche Steuerfloss zu schmälern. Vielfach sieht man es geradezu als ein Verdienst an, auf diese Weise dem Staate beträchtliche Summen zu hinterziehen, teils aus innerpolitischen Opposition, teils aber auch wegen der „Erfüllungspolitik ad absurdum“. Und daß aus diesem letzten Grunde von wirtschaftlich mächtigen Gruppen geradezu eine forcierte Marktentwertung auf dem Wege einer ins Ungemeinere gehenden Devisenspekulation betrieben worden ist und noch betrieben wird, ist ebenfalls ein offenes Geheimnis.“

Um so verständlicher und einleuchtender sollte auch bürgerlichen Kreisen es sein, wenn die Sozialdemokratie erklärt, daß sie nur eine solche Regierung unterstützen kann, die gegen diese wirtschaftlich mächtigen Gruppen im Interesse der Gesamtwirtschaft radikale Maßnahmen gegen Devisenspekulation und für die Marktstabilisierung unternimmt.

### Sozialdemokratie und Städtetage.

Die Sozialdemokratie hat leider in den Vereinigungen der Städte und Landgemeinden und sonstigen kommunalen Fachverbänden nicht den Einfluß, der ihr nach ihrer politischen Bedeutung zusteht. Parteipolitische Ueberfächten über die Zusammenfassung der Parlamente des Deutschen Städtetages, des Reichsstädtebundes, der Stadt- und Landgemeindetage der deutschen Länder und anderer kommunalpolitischer Fachverbände sind nicht vorhanden. Man kann daher nur auf einem Umwege über die Gemeindeparlamente zu einer Schätzung der parteipolitischen Zusammensetzung jener Organisationen gelangen. Die Städtetage usw. setzen sich zu-

sammen aus der korporativen Mitgliedschaft der Städte und Landgemeinden. Nach den Beschlüssen des 5. Deutschen Städtetages 1921 können z. B. dem Deutschen Städtetag als ordentliche Mitglieder beitreten die deutschen Städte mit mindestens 10 000 Einwohnern und Kommunalverbände, in denen die Städte überwiegen. Städte mit weniger als 10 000 Einwohnern können sich als außerordentliche Mitglieder anschließen. Den ordentlichen Mitgliedern stehen für die Tagungen des Deutschen Städtetages bis zu 25 000 eine Stimme, über 25 000 zwei Stimmen, über 50 000 Stimmen drei Stimmen und bei mehr als 150 000 für jede weiteren angefangenen 100 000 eine Stimme mehr zu. Die außerordentlichen Mitglieder können einen Vertreter ohne Stimmrecht entsenden. Die Vertreter werden gewählt von den Gemeindeparlamenten. Deswegen wird die parteipolitische Zusammensetzung der deutschen Städtetagparlamente den Fraktionsverhältnissen der Stadtverordnetenversammlungen angemessen sein.

Eine in den „Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetages“ (1920 Nr. 21) veröffentlichte Statistik über die parteipolitische Zusammensetzung der Gemeindevertretungen könnte demnach einen ungefähren Maßstab bieten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß seit dieser Veröffentlichung vielerorts Stadtverordnetenwahlen stattfanden, die die Verhältnisse geändert haben. Schätzen wir aber, um überhaupt eine Vorstellung zu ermöglichen, auf Grund jener Statistik etwa die parteipolitische Zusammensetzung des Westfälischen Städtetages. Dieser Statistik gemäß stehen die bürgerlichen einerseits und die sozialdemokratischen Fraktionen andererseits sich in den wichtigsten Städten der Provinz Westfalen wie folgt gegenüber:

	Sozialdemokraten	Bürgerliche
Münster . . . . .	8	52
Halle . . . . .	33	33
Bielefeld . . . . .	27	27
Hamm . . . . .	12	30
Dortmund . . . . .	33	45
Kölninghausen . . . . .	13	35
Buer . . . . .	29	31
Bodum . . . . .	24	42
Gelsenkirchen . . . . .	24	42
Iserlohn . . . . .	15	27
	218	354

Die Verhältnisse liegen natürlich in Provinzen mit weniger zahlreicher Industriebevölkerung für uns nicht günstiger. Hieraus erklärt es sich, daß die Städtetage und diesen zweckverwandten Organisationen ihren bedeutungsvollen Einfluß auf die kommunalpolitische Entwicklung, insbesondere auf die Gesetzgebung in den Ländern und im Reiche in der Richtung der bürgerlichen Politik ausspielen können. Diese Tatsache sollte bei den im kommenden Frühjahr zu erwartenden Kommunalwahlen in Preußen nicht unbeachtet bleiben. Bei der großen kommunalpolitischen Bedeutung der Städtetage und verwandten Organisationen müssen unsere Vertreter in den Stadtparlamenten es sich dringend angelegen sein lassen, alle Möglichkeiten, Einfluß auf die Politik der Städtetage zu gewinnen, erschöpfend auszunutzen. Die Reichskonferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter wird voraussichtlich auf lange Zeit hinaus ein frommer Wunsch bleiben, obwohl in ihr ein starkes sozialdemokratisches Gegengewicht gegen den von bürgerlicher Politik beherrschten Deutschen Städtetag geschaffen werden könnte. Den provinziellen und Landesstädtetagen hingegen können wir bereits provinzielle sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenzen entgegensehen, deren Ausbau wir uns sehr angelegen sein lassen müssen.

Für die Gemeinden. Der neue Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landessteuergesetzes, der zurzeit im Finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates zur Beratung steht, sieht eine Beteiligung des Reiches an den Verbrauchssteuern der Länder und Gemeinden für Gehälter und Versorgungsbetriebe von 60 Proz. vor. Inzwischen ist jedoch im Reichswirtschaftsrat eine Einigung dahin erfolgt, daß das Reich unter gewissen Sicherungen gegen eine unzureichende Verrechnung der Beamten und Angestellten in den Gemeinden 75 Proz. übernimmt.

bei der Rückförderung der Truppen hingewiesen. Für die Kolonien selbst wird räumliche Trennung der Europäerquartiere und der Einwohnerdörfer für erforderlich erklärt; für Marseille und Paris die Errichtung kolonialer Krankenhäuser für die aus den Kolonien Zurückkehrenden verlangt. Verschiedene Berichte über die Verbreitung von Lepra, Trachom, Geschlechtskrankheiten, Wurmkrankheiten usw. in den Kolonien selbst lassen schließen, daß die von dort nach Europa verschifften Eingeborenen gesundheitlich bedenklich genug sein müssen; ein Vortrag behandelt ausschließlich die Tuberkulose unter den afrikanischen Truppen der Rheinarmee und schlägt besondere Maßnahmen vor.

Der Ueberleeddampfer als Vogelhaus. Laufende von Vögeln aller Art begleiteten den Dampfer Scythia von der Cunard-Linie auf seiner letzten Reise von New York nach England und liehen sich in einer Entfernung von etwa 600 Kilometern von der amerikanischen Küste in so dichten Schwärmen auf das Schiff nieder, daß dieses zu einem schwimmenden Vogelhaus verandelt wurde. Sie nisteten sich selbst in die Salons ein, und einige sanden sogar den Weg in den Maschinenraum. Die Vögel waren allem Anschein nach von den bestigen Stürmen, die sie auf ihrer Herftwanderung von Nord nach Südamerika überfallen hatten, getrieben worden und suchten auf dem Schiffe Schutz. Viele der kleineren Vögel gingen unterwegs an Erschöpfung ein, aber als die Scythia in Liverpool eintraf, hatte sie noch immer eine große Anzahl der verirrtten Vögel an Bord, die sich, nachdem das Schiff vor Anker gegangen war, bald in den Büumen und Sträuchern der Anlagen des Landungsplatzes häuslich niederließen. Unter den Vögeln, die die Reise als blinde Passagiere gemacht hatten, befanden sich viele Kanarienvögel, Hänflinge, Drosseln und Bristauben; besonders befaunt wurden auch drei Zwergobrennen, die mit ihren lahnenähnlichen Gesichtern einen unheimlichen Eindruck machten.

Die „Gaurile“-Reiseabfahrt. Am Sonnabend wird im Saal „Eduardstraße“ vom Verein „Berliner Presse“ und der Intendant des Stadttheaters zum 60. Geburtstag Gebart Hauptmanns eine Reiseabfahrt von „Caneles Himmelsfahrt“ veranstaltet. Wer geht das Beispiel zu den „Welterkämpfern“, dirigiert von Kay v. Schilling, voraus.

Dr. Jwan Blach, einer unserer bekanntesten Sexualforscher, im im 51. Lebensjahre in Berlin gestorben. Besonders hat er gewisse Entartungen des Geschlechtslebens kulturhistorisch untersucht, so den Marquis de Sade. Von allgemeinerem Interesse war seine „Geschichte der Prostitution“. Große Verbreitung fand sein populäres Buch „Das Sexualleben unserer Zeit“.

Ukraine. Woche an der Technischen Hochschule. Das Kulturinstitut der Technischen Hochschule veranstaltet in Verbindung mit der Deutschen Ukrainischen Gesellschaft in der Zeit vom 27. November bis 7. Dezember unter der Leitung von „Ukraine“ eine Vortragsreihe. Die Vorträge finden im Saal 301 der Technischen Hochschule (Arbeitergebäude) in der Zeit von 6-8 Uhr nachmittags statt.

Die verachtete deutsche Jola-Ausgabe. Nach langen und schwierigen Verhandlungen ist dem Kurt-Wolff-Verlag in München gelungen, die Autorisation für eine deutsche Jola-Gesamtausgabe zu erhalten. Damit wird der unheilvolle Zustand beendet, daß die Romane des bedeutendsten französischen Schriftstellers der Neuzeit, abgesehen von einigen räumlichen Ausnahmen, nur in schlechten und verhältnismäßig Ueberlegungen zugänglich waren. Die neue Ausgabe bringt vollkommen neue Uebersetzungen unserer besten Uebersetzer.

### Die Geistigen und der Arbeitsmann.

Von Hans Bauer.

Den Geistigen geht es nicht gut. Ihr sozialer Zustand hat sich gegenüber der Vorkriegszeit nicht nur absolut, sondern auch relativ verschlechtert. Es ist eine Tatsache: der Durchschnitt der Geistigen verdient weniger als der Durchschnitt der Handarbeiter. Trotz dieser sozialen Abwertung, an der ja im übrigen weder der Handarbeiter noch die Republik, sondern nur das Untalent der Geistigen schuld ist, ihre wirtschaftlichen Kämpfe mit den Mitteln des Handarbeiters, denen der Organisation nämlich, zu führen . . . , trotz dieser Abwertung hat die Annäherung von Hand- zu Kopfarbeitern keinen Fortschritt gemacht. Zum Teil liegt das an dem dummen Stetragenerproletariat der Kopfarbeiter, dem die Annäherung unerwünscht ist, zum Teil an dem Arbeiter. Der Arbeiter mißtraut dem Geistigen. Auch dem fortschrittlichen. Die Geistigen müssen sich darüber klar werden, daß der Arbeiter ein Recht dazu hat. Es gibt soundso viel Geistige, die zuweilen wüthiger und formvollendeter das geflatter haben, was er von seinen Führern in der Versammlung hörte. Aber wenn es dann hart auf hart ging, dann hielt der Führer sich und der Geistige versagte.

Beispielsweise: Wie herrlich konnte der „Simplicissimus“ vor dem Kriege dem Arbeiter aus dem Herzen sprechen, wie entdeckte er Jüge am Agriortier und am Militär, die selbst dem Arbeiter bisher entgangen waren. Das alles war nüanciert, geistvoll —, aber wir wissen nun auch, daß es charakterlos war. Die, wo sie sehen wollten, den Splitter eines Mienevergehens entdecken, die sehen heute nicht einmal den Balken des Feschenbach-Urteils. Der Arbeiter weiß nun: Ihr wolltet nicht die eine bestimmte Sache treffen, ihr wolltet, irgendeiner Sache ein hübsches Gewand geben. Euch kann es auf die Form, und kommt es auf den Inhalt an.

Und dann führt der Arbeiter auch dies: Das Geistige müßte bestimmt sein, die Erde besser zu machen, die großen, ewigen Ideen der Menschlichkeit und Friedfertigkeit zu propagieren. Viele Geistige haben propagiert und propagieren. Die Geistigen als Kategorie tun dies aber keineswegs. Und wo sie es im allgemeinen tun, versagen sie im besonderen. Es gibt soundso viel schlechte Leute, die nie ein Wesen von ihrem Weltgefühl gemacht, es vielleicht sogar niemals in Worte gefaßt haben, aber trotzdem auch in den Monaten der wildesten Kriegspychose besonnen blieben. Selbst ein so großer Dichter wie Gerhart Hauptmann aber ist zuweilen schwach geworden. Selbst der Dichter der „Weber“ und des „Hannele“ hat im Kriege böse und geschmacklose Verse geschrieben.

Der Sozialistenmarsch ist nicht so gut gedichtet wie Hoffmanns Hahngang gegen England. Wenn die Geistigen wollen, daß der Arbeiter sie lieben lernt, so mögen sie einsehen, daß der Sozialistenmarsch trotzdem die bessere Dichtung ist.

Opernfilme. Der historische Film ist tot. Oder so gut wie tot. Niemand mag mehr von ihm wissen. Die Regisseure sind aber noch immer verblüht in die große Gebärde, in das Kostüm, in den Rahmen. Ueberdies gehört es zu den Gepflogenheiten des Films, auf ein Schlagwort, auf eine Methode eingeschworen zu sein. Ueber Nacht sozulegen hat sich ein Ausweg gefunden. Man dreht in Zukunft nicht mehr historische Stoffe, man verfilmt sich in die Opernlibretti. Je theatralischer die Opernlibretti sind, desto filmwillkommener. Das führt natürlich zu einer Leere, die geradezu fürchterlich sein wird. Sind schon die alten Opernregie an sich Vergewaltigungen des Geschmacks und des gesunden Menschenverstandes, wie erst werden ihre Vornänge, des musikalischen Rückrats beraubt, im Film lächerlich wirken. Nicht jeder Opernstoff enthält sozial dramatische Schlagtrahf wie etwa „Carmen“, die vor ein paar Jahren als hinreichend temperamentvoller Film das Licht der Leinwand erblickte. Die Filmfirmen drohen bereits eine Reihe von Opernbildschirmern an, u. a. eine Verfilmung des „Fra Diavolo“. Wie alle Filmmoden wird sich glücklichweise auch diese Opernmanie bald überlebt haben. Jedenfalls die Kunst gewinnt bei dieser Methode nichts. Ebenfalls der gute Geschmack und auch nicht die technische Entwicklung. Und ob das Zustand, vor dem ja der deutsche Film den größten Notau macht, sich gerade allzulehr für Opernfilme interessieren wird, bleibt zumindest sehr, sehr fraglich.

Wie wird der Winter? In weitesten Kreisen glaubt man, daß auf einen heißen Sommer ein strenger Winter folge, während einem kühlen Sommer ein milder Winter entsprechen soll. Das läßt sich aber in dieser Ausschließlichkeit nicht behaupten. Wie der bekannte Meteorologe Prof. Kohner in der „Leipziger Illustrierten Zeitung“ ausführt, speichert ein sehr strenger Winter in Erde und Wasser soviel Kälte auf, daß dann im Frühjahr und Sommer große Wärmemengen nötig sind, um einen Ausgleich zu schaffen. Nach dem kalten Winter von 1921/22 folgte daher ein kühler Sommer. Auf einen sehr milden Winter hin gibt es meistens einen warmen Sommer, weil dann die Kälteansammlungen nicht bedeutend sind. Einem sehr warmen Sommer entspricht aber aus anderen meteorologischen Gründen meistens ein folgender kalter Winter mit unangenehmen Ostwinden. Nach einem mäßig warmen Sommer haben wir einen mäßig milden Winter zu erwarten, und dies dürfte wohl in diesem Jahr der Fall sein.

Die farbigen Truppen als Krankheitsräuber. Kürzlich fand in Marseille ein internationaler Kolonialkongreß für öffentliche Gesundheit und soziale Vorbeugung unter zahlreicher Beteiligung hervorragender französischer Mediziner statt. Darüber berichtet die „Klinische Wochenschrift“: Es wurden viele Beiträge zur Hygiene der Tropenländer geliefert. So kurz und zurückhaltend die bisher vorliegenden Berichte in ihrer vorsichtigen Abfassung sind, so geht aus ihnen scharf hervor, daß der lange Aufenthalt afrikanischer Truppen in Frankreich gesundheitliche Gefahren für die dortige Bevölkerung herbeiführt, die man ernstlich zu fürchten und zu bekämpfen beginnt. Zwar wird die Bedrohung durch Keimträger verschiedener Art unter den eingeborenen Rekruten für Paris als gering erklärt, trotzdem wird empfohlen, an dem im Kriege besetzten Maßnahmen festzuhalten und auf amerikanische Vorbilder



## Schulreaktion in Berlin.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich heute zunächst mit der Mitteilung des Finanzministers über den Einspruch des Reichsfinanzministers gegen Ziffer 156 der preussischen Besoldungsvorschriften (betreffend Anrechnung der Anwärterzeit der Stenographen und Hilfsbeamten beim Preussischen Landtag). Die Mitteilung geht an den Ausschuss für Beamtenangelegenheiten.

Danach werden gemeinsam beraten die Großen Anträge der früheren Unabhängigen vom 27. August 1922, betreffend die

**Nichtbestätigung von 12 Berliner Gemeindefachschullehrern** durch das Provinzialschulkollegium und der Kommunisten vom 31. Mai 1922, betreffend die bisher nicht erfolgte Bestätigung der am 1. Oktober 1921 erfolgten Wahl des Studienrats Dr. Rier zum Direktor der Diesterweg-Realschule.

Abg. Leid (Soz.) begründet die erste Große Anfrage. Die Bestätigung der Bestätigung sei ein Mißbrauch des Aufsichtsrats und eine Verklammerung des ohnehin schon minimalen kommunalen Selbstverwaltungsrechtes. Seit anderthalb Jahren bestehe nun ein Provinzialrat. Da es sich durchweg um Angehörige der sozialistischen Partei handle, sei die Angelegenheit eine hochpolitische geworden. Der Ministerrat habe die Wahlen den Bezirksämtern übertragen. Offenbar sei er hierzu durch das Bezirksamt Tiergarten veranlaßt worden. Im Bezirk Tiergarten habe nämlich die Gefahr bestanden, daß eine sozialistische Studienrätin Leiterin einer Schule würde. Um dies zu verhindern, sei der neue Modus: Wahl durch die Bezirksämter, eingeführt worden. Das Provinzialschulkollegium habe also die zwölf gewählten Lehrer nicht bestätigt. Es müsse gegen das Provinzialschulkollegium der Vorwurf erhoben werden, daß es

nach politischen Rücksichten gehandelt habe. Selbstam sei, daß bei der Prüfung der Wahlen das Hauptgewicht darauf gelegt wurde, die Gewählten als „ungeeignet“ zu kennzeichnen. Während Sozialistenkreise habe man zu Examinatoren aufgestellt, um eben das Prädikat „ungenügend“ herbeizuführen. Für uns — betonte Genosse Leid — steht jedenfalls fest, daß die Nichtbestätigung der sozialistischen Lehrer zu Reklotten nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Gründen erfolgte. Unsere Große Anfrage hat nun eine Nachprüfung durch das Staatsministerium verlangt. Anscheinend ist auch eine gewisse Nachprüfung vorgenommen worden. Aber das Resultat scheint gleich Null zu sein, denn wir haben nichts davon gehört, daß irgendeine Nichtbestätigung zurückgezogen wurde. Interessant ist auch, daß der Berliner Schulkonferenz bei der Prüfung der Dinge übergegangen wurde. Als er damals als Magistratsmitglied zur Sache Stellung nahm, beehrte sich das Provinzialschulkollegium, ihn schnell vor seinen Richterstuhl zu zitieren.

(Schluß im Morgenblatt.)

## Der Fall Franz und die Presse.

Der dem Ausschluß der Öffentlichkeit im Prozeß gegen den „Ingenieur“ Franz war das Gericht (auf Wunsch der beteiligten Parteien) die Berichterstattung in weitgehendstem Maße entgegengehalten. Die Presse erhielt Zutritt zu den Verhandlungen. Hieraus erwuchs ihr die natürliche Verpflichtung zur größten Vorsicht und Korrektheit. Durch die Schuld der Presse selbst hat nun die gesamte Öffentlichkeit schwer zu büßen. Eine der Belastungseuginnen, Fräulein H., führte in der Gerichtsverhandlung mit Recht Beschwerde darüber, daß sie durch die Nennung ihres Namens in der Presse sich schwer beeinträchtigt fühlte.

Wieder einmal ein kleiner Beitrag zu dem unerquicklichen Kapitel: Justiz und Presse. Als könne man sich nicht ein für allemal darüber klar werden, daß die Gerichtsberichterstattung nicht den niedrigsten Instinkten des sensationelsten Publikums Vorschub zu leisten habe, sondern dem Bedürfnis der breiten Massen der Bevölkerung dienen müsse, einem Bedürfnis, daß in gleichem Maße kriminalpädagogisch wie sozialpsychologisch begründet ist. Der Fall Franz dürfte ein ganz besonderes Interesse für die Öffentlichkeit haben. Abgesehen von dem sensationellen Attentatverbrechen und der nicht minder merkwürdigen Flucht aus dem Gefängnis sollten Zustände zur Sprache kommen, die einen tiefen Einblick in die sittliche Verwirrung unseres öffentlichen Lebens und, im speziellen, in die mannigfaltigen Seiten der bestehenden Sexualverhältnisse gewähren müßten. Schon während der ersten Tage war es klar: Hier handelt es sich nicht allein um die Persönlichkeit des Herrn Franz und seiner Ehefrau. Worauf es ankommt, ist, daß die breite Öffentlichkeit aus diesem so kostspieligen Prozeß die nötigen Schlüsse zu ziehen in die Lage käme und so, wenn möglich, auch dieser Fall wenigstens zu einer Gesundung unseres Lebens beitrage.

Von größter Bedeutung jedoch für die Öffentlichkeit wären sachgemäße und dezente Berichte über die Sexualverhältnisse gewesen, die sich in dem Fall Franz in solcher Radikalität offenbart haben. Die ganze Angelegenheit, einerlei wie sie für Franz und seine Ehefrau auch enden sollte, ist nicht zu verstehen außerhalb des Rahmens der aktuellsten Fragen der sexuellen Erziehung und Aufklärung der Jugend, der sexuellen Heuchelei in Schule und Familie, der Unaufrichtigkeit zwischen Eltern und Kindern, der ungesunden sexuellen Mysterien, die begünstigt durch übergroße, allein seligmachende Strenge, die wunderlichsten Blüten treibt, des unglaublichen geschlechtlichen Durchwanderns der Großstadt, einer Frage, die bereits ins Soziale hinüberspielt. Die Verweigerung der Presse aus dem Gerichtssaal unterbindet nun die Möglichkeit einer fruchtbaren sozialpsychologischen Ausbeute dieses interessanten Falles.

Wäre es vielleicht doch nicht noch möglich, die Presse bei der Bernehmung der Sachverständigen und der Plädoyers wieder zuzulassen? Wie das Urteil auch ausfallen mag, die Richter des Ehepaares Franz werden, wie die Dinge nun stehen, sich nur vor ihrem Gewissen, jedoch nicht vor der breiten Öffentlichkeit zu verantworten haben. Diese wird den Spruch als gegebene Tatsache ohne Kritik hinnehmen müssen, um sich dann über seine Gründe fruchtlos den Kopf zu zerbrechen. Das hätte vielleicht doch vermieden werden müssen.

## Der Schatz im Walde.

### Die Millionenunterschlagung des Kassenboten Werner.

Zu der Aufklärung der Millionenunterschlagung bei dem Bankhauß Böhmer werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der Kassenbote Karl Werner und sein Bruder wurden gestern von einem Währungskommissar und einem Beamten nach Berlin gebracht. Sie befinden sich in der Stadtdiogenet in Untersuchungshaft. Beide sind gesund. Karl Werner, der früher bei der Post angestellt gewesen war, zeigte sich bei der Bank zunächst als ein zuverlässiger Mann, spielte aber daneben die Rolle eines Verwenders, die ihn mehr kostete als er einnahm. So kam er auf Abwege und endlich zu den Unterschlagungen. Nach dem großen Streiche trat er sich sofort mit seinem Bruder und begab sich mit ihm in die Gegend von Finkenkrug bei Rauen. Hier vergruben die beiden in einem Saal aus Segeltuch und einer Blechbüchse einen Teil der Beute, merkten sich die Stelle und traten dann von Spandau aus die Flucht an. Gestern nachmittag fuhren Berliner Kommissare und mehrere Beamte in einem Kraftwagen mit ihnen nach der Gegend von Finkenkrug und suchten nach dem vergrabenen Schatze. Mit vieler Mühe fanden die Brüder Werner endlich auch die Stelle wieder. Die Beamten gruben nach, entdeckten ihn unter Sträuchern etwa 4 Meter tief unter der Erde. Saal und Blechbüchse enthielten 6000 Dollar und 3 Millionen in polnischen und österreichischen Noten. Einige weitere Werte wurden in Absteigequartieren in der Gegend der Gieshiner Straße gefunden. Die Verhafteten haben außerdem noch mehrere Stellen bezeichnet, an denen noch Geld verborgen ist. Hier wird von den Beamten noch weiter nachgeforscht.

### Frommer Zauber.

Die Heilsarmee, das ganze Jahr auf Buße eingestellt und immer bestrebt, die Sünden zur Bußhand zu zehren, hatte gestern ihren großen Tag. Zur offiziellen Feier der Buße versammelt sie sich immer eine Größe in ihren Tempeln in der Dresdener Straße. Im vorigen Jahre war General Bramwell Booth in Berlin, in diesem Jahre kamen Kommandeur Booth-Tucker und Frau. Und nach Bezahlung von 6 Mk. Eintritt und der sorgfältigen Unterbringung durch freundliche Wohntanten konnte man die Begründer der Heilsarmee in Indien hören. Booth-Tucker, ein ehemaliger englischer Richter in Indien, und seine Frau, die Tochter eines englischen Gouverneurs, erzählten von den Indern: „Es bringen ein in die Worte der Wahrheit“. Das heißt, in die Wahrheit, welche die Heilsarmee für eine solche halten. Denn, was ist Wahrheit? Diese Frage ist in diesem Falle wohl berechtigter denn je. Der eine trägt eben mit Wahrscheinlichkeit Kultur in ein ferres Wunderland und der andere führt es durch religiöse Beeinflussung sich untertan zu machen. Aber diese Kultur- und Missionsträger sind von der unbedingten Notwendigkeit ihrer Arbeit überzeugt und andere hatten sie für wichtig. So waren auch zahlreiche Hörer in den Tempeln gestromt. Frau Booth-Tucker, schon durch ihre Uniform als etwas „Hohes“ kennlich, sprach mit einschmeichelnder Stimme in wohlbedachter Steigerung der Worte und des Organs. Sie sprach in Gleichnissen, zog die einfachsten Dinge in den Betrachtungskreis, z. B. Kaffeebrot und Koningschwanz. Viele Kinder befanden sich unter den Zuhörern. Demen bietet das Drum und Dran der Heilsarmee allerlei Kurzweil. Aber es ist immer das selbe Bild: die schlauesten Sünden kommen nicht, die lassen sich eben nicht einmal durch einen Vortrag über Indien, blühende Uniformen und Russen anlocken.

### Noch einmal der Müllberg.

Zu den kürzlich unter dieser Ueberschrift veröffentlichten Ausführungen schreibt uns der Deutsche Transportarbeiterverband, daß die Müllabfuhrfirma, Wirtschaftsgenossenschaft, ihren Betrieb am 30. Oktober wegen finanzieller Schwierigkeiten die Hausbesitzer verweigerten die Zahlung der Müllabfuhrgebühren geschloßen und sämtliche Arbeiter entlassen hat. Nicht die Müllabfuhr, sondern die Gesellschaft wollte mit der Stilllegung der Müllabfuhr bezwecken, daß: am Magistrat die Hunderttaus für die Müllabfuhr von 50 Proz. auf 100 Proz. für die Monate Oktober und November herausgeschickt werden und daß den Vermietern durch ein vom Magistrat zu erlassendes Ordre die gestattete wird, die gesamten Müllabfuhrgebühren auf die Mieter umzulegen. Wenn es bis heute, nachdem der Betrieb unter der neuen Firma „Berliner

Müllabfuhr-Aktiengesellschaft“ am 2. November wieder eröffnet und die Arbeit am gleichen Tage aufgenommen wurde, noch nicht gelungen ist, die Müllberge von den Höfen zu beseitigen, so liegt das nicht an den Müllwaggon, sondern daran, daß nicht genügend Eisenbahnwaggons zum Verladen des Mülls zur Verfügung stehen. Die Müllwäcker können ihre Arbeitskraft aus diesem Grunde nicht voll auszuheben, sie können anfast 3 Fuhren nur 2 Fuhren täglich leisten. Wäre dieser Wagenmangel nicht, würde das Müll von den Grundstücken bald beseitigt sein. Die Müllwäcker haben selbst das größte Interesse daran, ihre Touren sauber zu halten, denn trockenes im Hofen befindliches Müll ist bedeutend leichter als durch Regen durchnäßtes. Müllten die Wäcker sich die Kästen selbst vollschuppen, so könnte die tariflich festgesetzte Arbeitsleistung nicht ausgeführt werden. Aufgabe der Vermieter ist es, solange Müll auf den Höfen lagert, für die Füllung der Kästen zu sorgen.

## Der Kampf um die Schule.

Am 13. November erging ein Erlass des Provinzialschulkollegiums Brandenburg, durch den den Schülern das Recht genommen werden soll, an Veranstaltungen verfassungstreuer Jugendverbände teilzunehmen, und durch den für sämtliche erlaubten Jugendverbände wie im alten Oberrheinlande die Lehrerkontrolle wieder eingeführt wird. Gegen diese Entziehung der Jugend erheben die unterzeichneten verfassungstreuen republikanischen Jugendverbände den schärfsten Protest. Anstatt die republikanische Staatsgesinnung innerhalb der Schülerschaft positiv zu fördern, hat die Unterrichtsverwaltung es für nötig gehalten, die Jugendverbände zu verfassungstreuen Verbänden zu beanstanden. Die republikanische Jugend hätte von den Unterrichtsbehörden erwartet, daß sie die Lehrerhaft anweist, die Jugend in einem die neue Staatsform bejahenden Sinne zu erziehen. Solange dies nicht geschieht, können die unterzeichneten Verbände nicht darauf verzichten, die Jugend im republikanischen Geiste zu beeinflussen. Die unterzeichneten Verbände werden erst dann von ihrer Aufklärungstätigkeit Abstand nehmen, wenn sie die Gewißheit haben, daß die Behörden ihrerseits die notwendigen Maßnahmen ergreifen, die die Erziehung der Jugend zur Republik gewährleisten. Die republikanische Jugend erwartet von den republikanischen Parteien und Fraktionen, daß sie diese Forderungen unterstützen und alle Kraft aufwenden, um ihre weitere Aufklärungsarbeit in Sinne der Reichsverfassung zu ermöglichen.

Berein Sozialistische Arbeiterjugend.  
Republikanischer Jugendbund „Schwarz-Rot-Gold“.  
Deutschdemokratischer Jugendverein.

Die Verbände bitten alle Schüler, über die Ausführung des genannten Erlasses an ihrer Schule Mitteilungen an das Bureau des Republikanischen Jugendbundes „Schwarz-Rot-Gold“, B. 35, Schöneberger Ufer 36a, gelangen zu lassen.

## Der Raub der Wäscherin.

In der Nacht vom Dienstag zum Wustag ist der Wäscherin-Brunnen, der auf dem Märktchen Platz vor dem Märktchen Museum stand, gestohlen worden. Der Brunnen stellt eine Wäscherin dar, die in voller Arbeit ist. Die Figur der Wäscherin ist aus Bronze und steht auf einem Steinsockel. Die Diebe haben die Figur und den Steinsockel geraubt. Nach dem Raub der Gärten in der Hardenberg-Straße und dem Diebstahl, durch den das Gänseleier am Nikolai-Platz um ihre Schlingelinge gebracht wurde, ist dieser Brunnenraub wieder ein Beispiel schlimmsten Vandalismus.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Die Bibliothek befindet sich jetzt Lindenstraße 3, II. Hof, links II. Diejenigen an Leser, die ihre Bücher noch nicht abgeliefert haben, werden ersucht, es umgehend nachzuholen. Zur Entgegennahme ist die Bibliothek Dienstag und Donnerstag von 5-8 Uhr geöffnet. Bei dem Ausleihen der Bücher kann noch nicht begonnen werden. Nähere Bekanntgabe erfolgt in kurzer Zeit.

**Proletarische Ferienkassen.** Eine Gedächtnisfeier für unsere toten Kämpfer ist die nächste, am Sonntag, den 18. November, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus stattfindende Veranstaltung. Sie wird eingeleitet durch ein Jubiläum von Bach für Violine und Orgel, der Berliner Schaubert-Chor bringt russische Trauerlieder und Lied Golsen. Eintrittskarten à 40 Mark sind noch an folgenden Stellen zu haben: Am Bureau der Arbeiter-Bildungsschule, Lindenstraße 3, 2. Hof II (Besuchs-Bildungsausschuss); Buchhandlung Borodits, Lindenstr. 2; Buchhandlung Freiheit, Urbanstr. 7; im Großen Schauspielhaus, Eingang Roskauer, in den Verkaufsstellen, beim Kaffeehaus; Norden: Böbberstr. 7, Restaurant Fricke; Suedost: Ode Wittenowstraße, Restaurant Soeben; West: Unterstr. 21, Restaurant Kroll; Ost: Unterstr. 3, Restaurant Hoffmann; Nord: Unterstr. 4, im Laden bei Kolberg; Nord: Unterstr. 7, im Laden bei Gule; Osten: Unterstr. 5, Restaurant Wöllrich; Nord: Unterstr. 48, Agarensehlisch Dierich; Nord: Unterstr. 36 bei Feiler; Süd: Unterstr. 9, Restaurant Vier; Nord: Unterstr. 30, Unterstr. 41, Restaurant Röhler; Westen: Steinmühlstr. 23, Horn part., Döring, und bei den Funktionären.

## Die bestohlene Universität.

Einbrecher haben dem Hygienischen Institut der Universität Tübingen für 4 Millionen Mikroskope, Untersuchungsapparate mit verschiedenen Linien, Objekten und Objektiven und zwei Trommelapparate gestohlen. Die Mikroskope stehen auf hohen, 14 Pfund schweren gusseisernen Füßen und tragen in Goldbuchstaben die Zeichen H. I. und T., dahinter Hygienisches Institut, Tübingen. In die Höhe sind fortlaufende Nummern eingeschlagen. Die Dieberr haben ihre Beute in einem grünlichen Vorhang weggeschafft, und werden ohne Zweifel versuchen, sie in einer Großstadt, vermutlich Berlin, zu Geld zu machen. Mitteilungen über den Verbleib und das Aufsuchen der wertvollen Instrumente nimmt Kriminalkommissar Quées im Zimmer 96 des Polizeipräsidiums entgegen.

**Seeräuber in der Maske von Reisenden.** Aus Hongkong wird gemeldet, daß der englische Dampfer „Sua“ der mit einer großen Anzahl europäischer und chinesischer Reisender auf der Fahrt nach Hongkong war, von 65 Reisenden 1. und 2. Klasse, die sich als Seeräuber entpuppten, überfallen wurde. Die Bande stand unter der Kontrolle einer Chinesin, schließlich durch Neoberschiffe das Schiffpersonal ein und bemächtigte sich aller Wertobjekte der Reisenden, sowie der Schiffskasse. Zwei Reisende wurden getötet und zwei verwundet. Auch der Kapitän, der erste Schiffsoffizier und der Steuermann wurden verwundet. Vor der Einschiffung des Dampfers in Hongkong gelang es den Räubern, auf Schiffsbooten zu entkommen.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise etwas anflarend, jedoch überwiegend trübe und neblig, am Tage wird bei mäßigen westlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

## Groß-Berliner Partei-Nachrichten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Morgen, Freitag, den 24. November:

- 17. Kreis, Pichlerberg, Kommunal- und Wohlfahrtskommissionen, 7 Uhr abends, Sitzung im Rathaus, Mühlendammstraße 6 Zimmer 2. Vortrag der Genossin Emma Lorenzen über: „Jugendpflege“. Bezirksvorsteher, Pfister und Bezirksverordnete müssen erscheinen.
- 18. Kreis, 7 Uhr Sitzung der kommunalpolitischen Kommissionen bei Rent. Grotzschke 114. Vortrag des Genossen Böhmer über: „Die Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung“. Die Genossen und Genossinnen, die in kommunalen Ehrenämtern tätig sind oder in Zukunft tätig sein wollen, sind freundlich eingeladen.
- Abt. Steglitz, Vortrag Rede in der Vers. „Kampfbühne“ findet nicht statt.
- Jungsozialisten, Gruppe Elden, Donnerstag, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Bernauerstr. 64, ummet Hochbahnhof Prinzenstraße, Geschäftspausmann-Kend, Referent: Genosse Grotz.

## Devisenkurse.

	23. November		21. November	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Geld) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Geld) Kurs
1 holländischer Gulden	2473.80	2486.20	2418.93	2431.07
1 argentinischer Papier-Peso	2230.25	2300.75	2234.40	2245.60
1 belgischer Franc	419.94	422.06	423.92	431.08
1 norwegische Krone	1142.15	1147.87	1122.18	1127.82
1 dänische Krone	1268.82	1273.18	1226.92	1233.08
1 schwedische Krone	1670.81	1671.19	1615.95	1624.05
1 finnische Mark	161.59	162.41	154.01	155.99
1 japanischer Yen	—	—	2967.56	2982.44
1 italienische Lire	200.27	201.73	201.76	203.24
1 Pfund Sterling	28170.87	28320.68	27531.11	27680.11
1 Dollar	6271.78	6308.22	6159.00	6190.44
1 französischer Franc	451.86	453.64	461.84	463.60
1 brasilianischer Milreis	778.85	781.15	768.07	771.93
1 Schweizer Franc	1182.08	1187.97	1152.11	1157.89
1 japanischer Yen	472.86	479.44	942.03	947.37
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	8.97	9.03
1 rufinische Krone	200.99	202.01	195.01	195.99
1 ungarische Krone	—	—	2.58	2.58
1 bulgarischer Leva	45.88	46.12	43.89	44.11
1 jugoslawischer Dinar	—	—	97.75	98.25



# Gewerkschaftsbewegung

## Streik bei der Hochbahn.

Au der zweiten, am Vorkrieg im Hochbahndienste vorgenommenen Umstellung beteiligten sich 2326 Beschäftigte. Davon stimmten für den Streik 1853, für Arbeit 452, unglücklich waren 21. Somit hat das Personal das zweite Mal seinen Willen zur Arbeitsüberlegung bekundet. Die sofort zusammengetretene Zentralleitung beschloß, die Arbeit heute mittag um 1 Uhr einzustellen. (S. „Vorwärts“ Nr. 548 vom Sonntag.)

## Ausperrung in der Berliner Metallindustrie?

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat sich in einer Sitzung am 21. November mit der überörtlichen Forderung der Metalldrücker bei der Firma Kulecki u. Böhm befaßt. Er beschloß, daß falls diese Firma bis zum 25. November früh nicht die erforderliche Anzahl Drücker bekommen hat, sämtliche Arbeiter auszusperrn, die bei den Firmen beschäftigt sind, bei denen die Drücker ausgesperrt sind. Von größeren Firmen kommen in Frage: Erich u. Graeh, Kuerlich, Gebrüder Israel, AEG, Siemenswerk sowie die Bergmann Elektrizitätswerke.

## Ausperrung der Metalldrücker und Polierer.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat beschlossen, sämtliche bei Verbandsfirmen beschäftigten Arbeiter auszusperrn. Und zwar deshalb, weil bei der Firma Kulecki u. Böhm die Arbeiter eine Forderung stellten. Sie hatten einschließl. der Teuerungszulagen einen Stundenverdienst von 175 M. Die neue Forderung betrug 85 M. pro Stunde. Der Unternehmer gestand selbst ein, daß bei der außerordentlichen Schwere der Arbeit diese Forderung berechtigt sei. Er darf aber auf Grund des Beschlusses des VBBM nicht mehr zahlen. Daraufhin nahmen die Arbeiter ihre Entlassung. Am nächsten Tage wurde vom VBBM eine Verhandlung gewünscht. Die Führung derselben lag in den Händen des Leiters der Ausperrungsaktion, Herrn Becker, der die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit forderte. Die Arbeiter der Firma Kulecki u. Böhm lehnten dies ab, und stand es der Firma frei, neue Arbeitskräfte anzufordern. Entsprechend der Stellungnahme des Verhandlungsleiters mußte sich die Verhandlung zerlegen.

Die Branche lehnte es ab, einen Arbeitszwang auf die betreffenden Mitglieder auszuüben und ihre Freizügigkeit zu unterbinden. Sie muß den Angriff auf die Freizügigkeit ihrer Mitglieder abwehren und diese mit aller Macht in ihrem Kampfe unterstützen.

Eine Versammlung der Metalldrücker und Polierer am Dienstagabend nahm zu der Ausperrung von 250 Mann Stellung. Branchenleiter Gohl berichtete, daß die Ausperrung aufgehoben werden solle vom dem Unternehmerverband, wenn der Firma Kulecki u. Böhm — die höheren Lohn zahlen will, aber nicht darf — Drücker zugewiesen würden. Der Standpunkt der Organisation geht dahin, daß die Firma vom Arbeitsnachweis Drücker anfordern kann. Doch müsse es abgelehnt werden, die dort ausgeleiteten Drücker zu zwingen, wieder anzufangen oder sie an anderer Arbeit zu günstigeren Bedingungen zu hindern, die sie teilweise bereits gefunden haben. Die Ausgesperrten haben sich damit einverstanden erklärt, daß es anderen Kollegen freistehen soll, bei Kulecki u. Böhm in Arbeit zu gehen. Auf keinen Fall dürfe von der genannten Firma weniger gezahlt werden, als der letzte Schiedsspruch für die Metallarbeiter ergeben habe. Soweit bekannt, habe die Firma auch bereits 6 Kollegen beim Arbeitsnachweis angefordert. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen:

„Die Drücker billigen den Standpunkt der Branchenkommision und überlassen dieser alle weiteren Schritte.“

## Bewegung in der Musikinstrumenten-Industrie.

Da bei den Verhandlungen am Dienstag trotz ziemlich sechsständiger Dauer die Zugeständnisse der Unternehmer den Teuerungsverhältnissen nicht entsprachen, mußten die Verhandlungen abgebrochen werden. Beide Parteien beabsichtigen, nach nochmaliger Rücksprache mit ihren Mitgliedern, am Sonnabend vormittag einen letzten Versuch zur Verständigung zu machen. Sämtliche Funktionäre der Musikinstrumenten-Industrie veranlassen sich am Freitag sofort nach Jüterbog in den Reichsberger Hof, Reichsberger Straße 147. Da am gleichen Tage die Generalversammlung stattfindet, ist pünktliches Erscheinen notwendig.

In Luckenwalde stehen circa 200 Klavierarbeiter im Kampf mit einem übermäßigen, nachlässigen Unternehmertum. Da die

Unternehmer sich allzu sehr auf den Bundesgenossen des Kapitals, den Hunger, zu verlassen scheinen, sind die Sammlungen, gemäß dem Beschlusse aller Funktionäre, in Höhe eines Stundenlohnes gewissenhaft fortzusetzen.

## Demonstrationstreik in den Konsumbäckereien.

Zu der unter dieser Stichmarke in Nr. 552 des „Vorwärts“ gebrachten Notiz wird uns von der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend geschrieben:

Die Konsumvereine verlangen nicht die Wiedereinführung der Nachtarbeit für die Bäckergehilfen, sondern die Einführung einer dritten Schicht zur Herstellung von Großgebäck in jenen Betrieben, wo die technischen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Der in dieser Sache vom Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beim vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingereichte und vom Vorstand des RDB gebilligte Antrag lautet:

„In der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist die Herstellung von Großgebäck denjenigen Betrieben gestattet, die einen regelmäßigen Dreischichtbetrieb mit 8 Stunden Arbeitszeit, einschließl. einer Pause von einer halben Stunde, eingerichtet haben und in jeder Schicht mindestens 4 Arbeiter beschäftigen. Die Arbeiter dürfen nur in jeder dritten Woche zur Nachtschicht von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens herangezogen werden.“

Als Großgebäck gelten alle Gebäckarten, die keinen Zusatz von Zucker, Milch oder Fett enthalten und im Einzelstück mindestens 100 Gramm wiegen.“

Für uns in Berlin bedeutet dieser Antrag eine Erhöhung unserer Produktionsmöglichkeit um zirka 50 Proz. Was dies bei der gegenwärtigen Lage auf dem Baumarkt bedeutet, ist einleuchtend, wenn man bedenkt, daß die Errichtung einer neuen Bäckerei mindestens 200 Millionen kostet und eine Bauzeit von 1 1/2 Jahren erfordert.

Ganz abgesehen davon, daß unsere vorhandenen Betriebe technisch zu den vollkommensten und hygienisch zu den einwandfreiesten zählen, steht auch der obige Antrag genügend Kaufkraft vor, um die Bäckergehilfen vor jener Nachtarbeit, wie sie vor dem Kriege im Bäckerei-Kleingewerbe üblich war, zu schützen.

Weiteres möchten wir, um Ihren Raum nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, für heute nicht ausführen. Zwei Bemerkungen seien uns aber noch gestattet:

Nach dem Sachorgan des Bäckerverbandes haben sich die Brotfabrikanten dem Antrag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine angeschlossen; in jenen Betrieben wird am 23. nicht gestreikt.

Nach obigem Antrag kommt die dritte Schicht für unsere Konditorei und Pflaferkuchenfabrik nicht in Frage, die in diesem Betrieb Beschäftigten streiken aber am 23. November 1922 ebenfalls.

## Betriebsrätekongreß.

Der von der kommunistischen Parteizentrale eingeleitete und seit Wochen und Monaten mit Hochdruck betriebene sogenannte Reichsbetriebsrätekongreß hat heute in der „Neuen Welt“ begonnen. Die Zahl der Delegierten wird auf 1500 bis 2000 geschätzt. Auf welche Weise ein großer Teil von ihnen gewählt wurde, wiewiele Wähler, wiewiele Arbeiter aus den einzelnen Industrien hinter ihnen stehen, darüber schweigt der Sängers Höflichkeit. Wenn es nach den Ausführungen des zum Vorsitzenden bestellten Grothe Aufgabe des Kongresses sein soll, den hungernden und frierenden Massen die Wege zu zeigen, die aus dem Elend hinausführen, so ist eines klar, daß dieser Akt der Zersplitterung von einer Gruppe, die sich lediglich durch Zersplitterung innerhalb der Gewerkschaften zu behaupten vermag, nicht geeignet ist, diese Wege einzuleiten. Am Anfang des Weges steht der Wegweiser: Vereinigt euch! Der Rostauer Wegweiser führt in die Lore.

Die Organisation in der keramischen Industrie ist ziemlich geschlossen. Der Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen zählt jetzt über 70 000 Mitglieder, und zwar 37 629 männliche und 33 128 weibliche. Hinzu kommen noch etwa 200 Mitglieder in neu gegründeten Zahlstellen. Es fehlen noch etwa 2000—3000 Beschäftigte, die zwar ebenfalls organisiert sind, jedoch bei den Christen und Hirsch-Dunkerschen, wo sie sich als Angehörige ihrer Industriegruppe betrüben. Ende 1913 zählte der Porzellanarbeiterverband erst 16 972 Organisierte, worunter nur 3879 weibliche Mitglieder. Um so höher ist der Erfolg anzuschlagen, daß insbesondere die Arbeiterinnen der keramischen Industrie den Wert der Organisation erkannt haben.

Susbrüderer A. Seidel & Co. Betriebsversammlung morgen Freitag, mittags 1 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gosl. 5, Engelstr. 24. Nicht von der Verhandlung ist dem Tarifstreitgegenstand. Beiläufiges Geschehen ist Pflicht. Der Betriebsrat.

# Wirtschaft

## Die Aussichten des russischen Außenhandels.

In einem Artikel der „Ekonomscheskaja Schin“, in dem er die Aussichten des russischen Außenhandels bespricht, kennzeichnet Krassin dessen Entwicklung mit folgenden Zahlen:

	1920	1921	1922
Einfuhr in 1000 Rub . . . . .	5 371	55 804	98 194
Ausfuhr . . . . .	676	12 968	14 763
Wert der Einfuhr in 1000 Rub. von 1913	87 201	248 676	279 219
Ausfuhr desgl.	1 085	21 240	25 848
Ankunft von Schiffen aus dem Auslande	—	424	714

Krassin, der sich über die bisherigen Ergebnisse befragt äußert, führt weiter aus: Die Entwicklung des Exports muß eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Wirtschaftspolitik bilden. Wenn bisher die gemischten Export- und Import-Gesellschaften nicht die Verbreitung gefunden haben, die möglich wäre, so liegt der Grund dafür nicht im Außenhandelsmonopol, und nicht in der Unmöglichkeit des Arbeitens auf der Grundlage der gemischten Gesellschaften, sondern ausschließlich in den politischen Verhältnissen. Rußland befindet sich eben noch immer unter der Einwirkung der wirtschaftlichen Blockade der Entente.

Die Kohlennot der Reichsbahn. Die Reichsbahn kämpft bekanntlich mit außerordentlichen Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung. Infolge der ungedeckten Kohlenlieferungen an die Entente ist die Zuzugung inländischer Kohle an die Reichsbahn völlig ungenügend und reicht keineswegs, um den Betrieb mit Sicherheit aufrechterhalten zu können. Aus diesem Grunde sah sich bekanntlich die Reichsbahnverwaltung im Laufe dieses Sommers gezwungen, hochwertige englische Kohle in größerem Umfange zu beziehen. Bei dem jetzigen Stande der deutschen Mark bedeutet das natürlich eine gewaltige Ausgabenbelastung, soll doch, wie die BPR hören, der Reichsbahn für das laufende Rechnungsjahr ein Mehraufwand von 58 Millionen an der Mark gegenüber dem Preis inländischer Kohle entstehen.

Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Im dritten Vierteljahr 1922 brachte die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg es auf 172,3 Mill. M. Gesamtumsatz. Davon entfiel auf die Erzeugnisse der Druckerei und der Papierwarenfabrik 152 Mill. M., auf das Versicherungswesen 19,75 Mill. M. und auf das Elektrizitätswerk 104 100 M. In den drei Vierteljahren 1922, also Januar bis einschließlich September, betrug der Gesamtumsatz 258,4 Mill. M., gegen nur 88 943 242 M. in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Wie stark die in der allgemeinen Preissteigerung aber auch mengenmäßig begründete Umsatzsteigerung des dritten Vierteljahrs ist, zeigt der Vergleich mit dem Gesamtumsatz vom zweiten Vierteljahr 1922, der, wie berichtet, 68,4 Mill. M. betrug. In den drei Vierteljahren 1922 wurden insgesamt 210,4 Mill. M. mehr Gesamtumsatz erzielt als in der gleichen Zeit des vorigen Jahres.

Oberschlesien behält die deutsche Mark. Von zuständiger Stelle wird der TL. mitgeteilt: Die Warschauer Meldungen, wonach die polnische Regierung den alliierten Mächten vorgeschlagen habe, in Oberschlesien die polnische Mark einzuführen, entsprechen nicht den Tatsachen. Es hat lediglich der sächsische Sejm einen Beschluß auf Einführung der polnischen Mark gefaßt. Die deutsche Regierung ist von einer Kündigung des Abkommens in dieser Richtung nichts bekannt.

Bayerischer Kampf um das Schlachtoch. Wiederholte Versuche des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums beim Reich wollen die Wiedereinführung der Ausfuhrbeschränkungen für Schlachtoch erreichen. Doch sind sie bis jetzt fehlerlos gescheitert. Das Reich beruft sich darauf, daß die Fleischverformung in Bayern nicht schwieriger sei wie auch die Vieh- und Fleischpreise nicht höher als in anderen deutschen Ländern; es wird in Abrede gestellt, daß deutsches Schlachtoch über das besetzte Gebiet nach Frankreich geschickt wird.

Der deutsch-finnische Wirtschaftsvertrag ist vom finnischen Reichstag endgültig angenommen worden.

Verantwortlich für den Inhalt: Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unter den Eichen 10.

**Zähne 100 u. 130 M. mit Friedenskautschuk**  
Schriftliche Garantie. Zahnleben mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen von 200 Mark an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.  
**Zahn-Praxis Matvani, Danziger Straße 1.**

**Zahngebisse**  
auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs sowie  
**Gold - Silber - Platin**  
sämliche Schmuckgegenstände  
zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur Barheine Edelmetallverwertung  
**2 Invalidenstr. 2 v. I rechts, kein Laden**  
Eingang Elisabethkirchstrasse  
**9 Kopenhagener Strasse 9 (Laden)**  
2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee.

**Gold - Silber - Platin**  
Kette, Kette, Kette, Bestocks etc.  
 Brillanten, Zahngebisse  
kauft höchstzählend  
**Erich Fuhrmann**  
Gotzkowskystr. 13

**Mantelstoffe**  
marine Cheviot, schwere Anzugware, sehr preisw. Trikots für Damen, Herren u. Kinder. Neuheiten in Damen-„Putz“!  
**Ella Dehmel, Neukölln,**  
Niemetzstr. 9, Nähe Richardplatz.  
Telephon: Amt Neukölln 404.

**Korbmöbel**  
Garten, Balkon, Wohnz., mod. u. dauerhafter Ausst. Korbessell. Gr. Auswahl. Besicht erbet.  
**Heinr. Kaese**  
Karlstr. 89  
Gung. pl. (Hain Lan.)

Genau auf Firma achten!  
**Viel Geld**  
spart, wer **jetzt** kauft!!  
**Eh's zu spät wird!**  
Größte Eile geboten! Preise steigen!  
Wunderbare, nur erstklassige  
**Anzüge / Schlüpfer**  
**Winterpaletots**  
**Gummimäntel / Hosen**  
weit unter Tagespreis!  
Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung!  
**Hugo Simon**  
Spezialhaus für erstklass. Herrenkleidung  
**133 Charlottenburg 133**  
**Wilmsdorfer Str.**  
an der Bismarckstrasse.  
Weitester Weg lohnend!!

**Gold Silber - Platin**  
Gegenstände, Bruch  
**Zahngebisse**  
kaufen zu unübertroffenen Preisen  
**Gebrüder Fuhrmann,**  
Nollendorfstr. 39.

**Strickjacken**  
aller Art, Jumper, Kimonos, Hausfächerchen Sportgarnturen, Schals und Mützen etc. kaufen Sie stets sehr preiswert und in bester Qualitätsware bei  
**Bruno Richter** Fabrik - Niederlage  
Nächste Verkaufsstellen:  
Kopenhagener Str. 67 l. Fernw.: Schöneberg 4818  
(Einst. in der Bahnhofs Nordring u. Schönhauser Allee)  
Blin.-Pankow, Reichstr. 361. Fernw.: Pankow 3173.  
Nur Einzelverkauf.

**Stoffe**  
Auch die bewährte tragfähige  
**Friedensqualitäten**  
(Neuherstellung)  
in anerkannter Preiswürdigkeit  
offiziert  
**Tuchlager Preuss.**  
Gr. Frankfurter Str. 75  
nahe Alexanderplatz.  
Lieferant der Beamtenverbände.  
Wo laß ich meinen Anzug machen?  
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?  
**Max Motel, Schneidermstr.**  
Neudamm, Ringbahnstr. 93. Tel. 900.  
Lieferung für höchste Staatsbeamten  
Hefe Karrenmengen u. Panfschneiben  
**Metallbetten**  
Stahlmattens., Kinderbetten dir. an Priv.  
Kat. 30A (rel. Eisenmöbelfabr. Süd Thür.

**Haben Sie Stoff?**  
Ich fertige an nach Maß:  
Anzüge, Paletots für M. 6000.—  
Schlüpfer . . . für M. 6000.—  
Beste Zutaten! Moderner Schnitt!  
Hervorragend guter Sitz!  
Atelier für feine Herrenkonfektion nach Maß.  
**M. Blaustein**  
Alexanderstraße 31  
Seltentagel III.  
Fernspr. Königstadt 7796.

Reelle höchste Bezahlung für  
**Zahngebisse**  
(auch zerbrochene)  
**Gold - Silber - Platin**  
Münzensamml.  
Juwelier **Kleine Frankfurter Str. 1**  
Bocksch 3 Min. vom Alexanderplatz.

**Preiswert:**  
**Leder**  
**Berthold Ruttner**  
Lederhandlung  
BERLIN SO 26  
Reichenberger Str. 14  
Von 1-3 Uhr geschlossen.